

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36 38. Jg.

4. Sept. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Rönnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Nord 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,50 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. Postverlagsort Schkeuditz.

Das Verbandsorgan wieder obligatorisch!

Nach den Beschlüssen des Kölner Verbandstages treten die neuformulierten Satzungen für den Verband wie für die Lehrlingsabteilung ab **27. September 1925** in Kraft. Damit tritt auch eine Änderung im Bezuge der vom Verband herauszugebenden periodisch erscheinenden Zeitschriften ein. Die neuen Verbandssatzungen bestimmen diesbezüglich: **Das Verbandsorgan „Graphische Presse“, in dem alle Bekanntmachungen erfolgen, wie die fachtechnische Zeitschrift „Graphische Technik“ wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert, während die Satzungen für die Lehrlingsabteilung folgende Bestimmung enthalten: Jedes Mitglied der Lehrlingsabteilung erhält die „Graphische Jugend“ und die „Graphische Technik“ unentgeltlich.** Nach diesen Bestimmungen hört demnach für Mitglieder der Einzelbezug der Verbandszeitschriften mit dem 26. September 1925 auf und die Belieferung durch den Verband tritt wieder in Geltung.

Die Durchführung dieser Beschlüsse gilt es nun in die Wege zu leiten und alle Vorbereitungen zu treffen, die Umstellung reibungslos zu ermöglichen. Dazu ist folgendes unbedingt erforderlich:

1. Das Postabonnement der „Graphischen Presse“ und der „Graphischen Jugend“ sowie die direkte Bestellung dieser Zeitschriften bei der Expedition Conrad Müller, Schkeuditz bei Leipzig ist ab Oktober 1925 nicht zu erneuern.

2. Die Mitgliedschaftsvorstände sind verpflichtet, sofort dem Verbandsvorstand, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88 III, unter dem Stichwort „Obligatorium“ einschließlich aller Nebenstellen die Zahl der Exemplare von „Graphischer Presse“ und „Graphischer Jugend“ abzugeben, die sie zur Belieferung der ihrer Mitgliedschaft angehörigen Mitglieder gebrauchen.

3. ist die genaue Adresse (Name und Wohnung) unter Nennung der Zahl beider Verbandszeitschriften anzugeben, an die Belieferung erfolgen soll.

Diese Mitteilungen müssen bis spätestens den **21. September in den Händen des Verbandsvorstandes sein**, wenn die Umstellung des Zeitungsabonnements auf das Obligatorium sich so reibungslos vollziehen soll, wie das im Interesse der Kollegen und des Verbandes erforderlich ist. **Die Mitgliedschaftsvorstände werden deshalb gebeten, diese Mitteilungen umgehend ergehen zu lassen.** Erfolgt keine Mitteilung an den Verbandsvorstand, werden auch keine Zeitungen geliefert.

Da auch vom Verbandstag bekundet worden ist, daß es Aufgabe des Verbandes ist, für kommende Kämpfe finanziell zu rüsten, ergeht zugleich die **Mahnung, nur so viel Exemplare unserer Zeitung zu bestellen, als zur Belieferung der Verbandsmitglieder unbedingt erforderlich sind** und viel pünktliche Zustellung der Zeitungen an die Kollegen Sorge zu tragen. Es darf keinesfalls vorkommen, daß durch Bestellung von Exemplaren über das erforderliche Maß hinaus, Verbandsgeider unnütz vertan werden. Verbandszeitungen, die nicht oder nicht rechtzeitig in die Hände der Kollegen kommen, haben ihren Zweck verfehlt; der Aufwand dafür ist nutzlos vertan. Jedes nicht-gelesene Zeitungsexemplar, das in den Mitgliedschaften liegen bleibt, ist eine Vergeudung von Verbandsgut. Solcher Sünde wollen wir uns nicht schuldig machen! Es ergeht deshalb nochmals die **Mahnung an die Mitgliedschaftsvorstände, pünktlich unter genauer Adressenangabe des Zeitungsempfängers nicht mehr Zeitungen zu bestellen, als unbedingt erforderlich sind.** Damit dienen wir dem Ganzen wie dem Einzelnen.

Der Verbandsvorstand.

Sicherung des Reallohnes!

I.

Dem Schutzzollbaccanale ist der Katzenjammer auf dem Fuße gefolgt. In der richtigen Erkenntnis, daß mit Annahme der Kleinen Schutzzollvorlage der Kampf um den Wucherzoll erst beginnt, hat der Reichskanzler, Dr. Luther, am 8. August im Reichstage bei Verabschiedung der Zollvorlage gleich eine Barrikade errichtet, um den Herren von Schlot und Halm auch den Segen des Schutzzolles ganz zugute kommen zu lassen. Dr. Luther fühlte sich nämlich in dieser Reichstagsitzung verpflichtet zu sagen, daß die Regierung alles tun werde, um eine ungünstige Entwicklung der Preisgestaltung zu verhindern und daß bei diesen Bestrebungen der Regierung auf die lokale Mitarbeit der Spitzenverbände der Wirtschaft gerechnet wird. Da Dr. Luther schon seine Erfahrungen auf dem Gebiete der „Verhinderung ungünstiger Entwicklung der Preisgestaltung“ hinter sich hat und ihm bekannt ist, daß dieser Artikel bis auf die Verhinderung ungünstiger Entwicklung der Preisgestaltung der Ware Arbeitskraft bei der „Wirtschaft“ nicht gefragt wird, macht man sich keiner Unterstellung schuldig, wenn man das erneut gespielte Theaterstück der Verhinderung ungünstiger Entwicklung der Preisgestaltung für die berechnet bezeichnet, die bekanntlich nicht alle werden. Denn während die Regierung von Verhinderung ungünstiger Entwicklung der Preisgestaltung redet, zieht die „Wirtschaft“ die aus der Annahme der Wucherzölle gegebenen Konsequenzen und setzt Preise fest, die sich in ihrer sprunghaften Erhöhung in nichts von der der Preiserhöhung während der schlimmsten Inflation unterscheidet, um dann mit dem bekannten Augenaufschlag in den Chorus einzustimmen: Was Luther tut ist wohlgetan.

Das Ersuchen Dr. Luthers, daß die Regierung auf die lokale Mitarbeit der Spitzenverbände der Wirtschaft bei ihren Bestrebungen auf Verhinde-

rung einer ungünstigen Entwicklung der Preisgestaltung rechte, hat nämlich nicht lange auf Erfüllung warten brauchen. Schon am 21. August fand eine Tagung des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Vorstandes der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände statt. Ihnen zugesellt hatten sich Vertreter fast aller Reichsministerien, einiger Länderregierungen sowie der Reichseisenbahnverwaltung und des Reichsbahndirektoriums. Die Aussprache dieses Gremiums ergab nach dem Bericht der Tagespresse folgendes:

„Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer ab 1. Oktober auf 1 v. H. in vollem Umfange in der Preisstellung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angeschlossenen Unternehmungen bei der Preiskalkulation dementsprechend verfahren.“

Auf dem Gebiete des Kartellwesens vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Die gegenwärtige Lage verlangt von den Kartellen im besonderen Maße eine Anpassung ihrer Maßnahmen an die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft. Überspannungen und Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Stützung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen und in Verbindung mit der Regierung ungesunde Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen. Die Spitzenverbände weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die von der Öffentlichkeit vielfach beklagten Erscheinungen weit weniger durch die Industriekartelle,

als durch die nicht kontrollierbaren freien Abreden und kartellähnlichen Abmachungen auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens hervorgerufen werden.

Die genannten Spitzenverbände sehen die Möglichkeit des von der Regierung erstrebten Erfolges nur dann, wenn auch die übrigen Berufsstände und öffentlichen Betriebe sich dem Schritte der Industrie anschließen. Die Verringerung der Preisspanne vom Erzeuger bis zum Verbraucher muß erreicht werden.

Eine allgemeine Lohnsteigerung würde jeden Versuch eines Preisabbaues von vornherein zum Scheitern verurteilen. Die Erkenntnis muß Allgemeinheit werden, daß eine Steigerung des Reallohnes durch Produktionsverbilligung und Preissenkung wertvoller ist als weitere nominelle Lohnerhöhungen.

In Reich, Ländern und Gemeinden sowie bei allen Privaten muß endlich die Sparsamkeit einkehren, die die heutige Lage Deutschlands erfordert.“

Das Gewicht dieser Stellungnahme ist zweifellos in der Anweisung der Regierung zu suchen, jegliche Erhöhung der Löhne unter allen Umständen zu verhindern. Denn wenn diese Sorte „Wirtschaft“ wirklich der allein richtigen Ansicht wäre, daß eine Steigerung des Reallohnes durch Produktionsverbilligung und Preissenkung das Wertvollere ist, hätten sie mit dem wichtigsten Teile der Wirtschaft, der Arbeiterschaft, die Schutzzollvorlage, die doch erneut hochgetrieben hat, in den Orkus versenken müssen. Aber das gerade Gegenteil vom Richtigen ist getan worden, und nachdem die Arbeiter die Konsequenzen aus diesem Tun ziehen, will man sie mit dem Gesetze des Preisabbaues beruhigen. Damit dürften die Herren kein Schwein haben. Und die richtige Antwort ist ihnen von der Spitze der deutschen freien Gewerkschaften, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, auch schon geworden, die auf

dem diese Woche in Breslau tagenden Gewerkschaftskongreß auch noch nachdrücklich unterstrichen werden wird. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat nämlich am 12. und 13. August zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich nach einem einleitenden Referat des Mitgliedes des Bundesvorstandes Eggart mit der

Lage der deutschen Wirtschaft,

die durch die Offensive des Unternehmertums gegen Löhne und Arbeitszeit sowie durch den im Bunde mit der Reichsregierung unternommenen Versuch, auf dem Wege der Gesetzgebung die Gewinnquote von Industrie und Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Verbraucher, insbesondere die Arbeitnehmerschaft, zu erhöhen, charakterisiert ist. Die gewerkschaftliche Konsequenz aus dieser Situation, die eine weitere Herabsetzung der Kaufkraft, eine Verkümmern des Inlandmarktes und eine Periode verstärkter Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß, ist die entschlossene und mit gesteigertem Nachdruck durchgeführte Fortsetzung des Kampfes um die Goldlohnhöhe,

den die Gewerkschaften seit der Stabilisierungskrise aufgenommen haben. In diesem Kampfe waren die Gewerkschaften auf ihre eigene Kraft angewiesen. Sie werden auch in Zukunft von dieser Regierung nichts zu erwarten haben. Daher werden sie auch die bevorstehenden verschärften Kämpfe unter geschlossenem Einsatz der eigenen Mittel führen müssen. Auch der Reichsarbeitsminister scheint sich der Schule jener Wirtschaftspolitik anzuschließen, die die Ursache der Wirtschaftskrise ausschließlich in angeblich zu hohen Gehältern und Löhnen erblickt und im Wirtschafts- und Finanzministerium den maßgebenden Einfluß ausübt. Mindestens aber scheint von ihm keine entschiedene Stellungnahme gegen die vom Wirtschafts- und Finanzministerium betriebene unheilvolle Wirtschaftspolitik zu erwarten sein.

Die Gewerkschaften haben angesichts der Haltung der Reichsregierung und der Unternehmer nichts anderes zu tun, als

die soziale Lage der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft zum ausschließlichen Ausgangspunkt ihrer Politik

zu machen. Das ist ihre dringendste Pflicht, der sie nur durch eine durchgreifende Lohnpolitik, nicht durch fruchtlose Verhandlungen über Preisabsetzungen genügen können. Dieser Wort der sozialen Selbsthilfe ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen der sicherste Weg für die Gewerkschaften, ihren Einfluß auf die Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Darüber hinaus werden sie gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate alles daran setzen, ihr Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen, an denen sie unverrückbar festhalten, gegen den Widerstand der Regierung wie des Unternehmertums sicherzustellen und auszubauen.

Der Bundesausschuß hat die einmütige Auffassung der Gewerkschaften in der folgenden Entschließung zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand:

„Die jetzige wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ist gekennzeichnet durch das hemmungslose Streben großer Teile des Unternehmertums

in Handel, Industrie und Landwirtschaft, ihre Gewinne nicht nur im Wege des wirtschaftlichen Kampfes, sondern auch im Wege der Gesetzgebung in eigennützigster Weise zu steigern, unbekümmert um die dadurch bedingte

Schädigung der ohnehin unzulänglichen Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Diese wirtschaftspolitische Situation wird grell beleuchtet durch die Denkschriften des Unternehmertums an die Regierung, durch Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schiedssprüche, durch Massenkündigungen von Arbeitern zum Zwecke des Lohndrucks, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Achtstundentag, auf die soziale Gesetzgebung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungenschaften der Arbeiter und durch die vom Unternehmertum des Baugewerbes angeordnete Generalaussperrung der gesamten Bauarbeiterschaft; ferner durch die ungenügende Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltssteils, durch die gesetzliche Erhöhung der Wohnungsmieten, vor allem aber durch die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag.

Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichskanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung

das gewinnsüchtige und eigennützige Machtstreben des Unternehmertums.

Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Geringschätzung der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissenschaftler, die Nichtbeachtung der Notrufe und Proteste der Arbeitnehmerschaft, die Einstellung der amtlichen Schlichtungsstellen, die vielfach in der einseitigsten Weise nur die Unternehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige

Regierung in den Kurs des Unternehmertums eingeschwenkt ist.

Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird

die Lebenslage der Arbeiterschaft unerträglich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohnungsmiete trifft besonders schwer die unbemittelte Bevölkerung der Kleinwohnungen. Die Heraussetzung des steuerfreien Einkommens von 60 auf 80 Mk., die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 Prozent bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Genussmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushalts bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation.

Indem der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Tatsache feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um

in erfolgreichen Wirtschaftskämpfen

die Grundlage ihres Lebens zu sichern.“

Daß die Herren „Wirtschaft“ von den freien Gewerkschaften eine andere Antwort erwartet haben, ist kaum anzunehmen, es sei denn, sie halten die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft für dümmere als es die Polizei erlaubt. Aber auch die Regierung dürfte kaum damit gerechnet haben, daß die Gewerkschaften auf die von ihr ausgelegten Leimruten des Preisabbauges kriechen werden. Deshalb hat man ja sicher auch die Vertreter der Gewerkschaften nicht gerufen, um ihre Meinung zum Preisabbau zu hören. Wenn man die Vertreter der freien Gewerkschaften erst dann gerufen hat, nachdem aller Welt klar war, daß man wieder einmal den Wucherpelz waschen wollte ohne ihn naß zu machen, so sicher in der taktischen Erwägung, später einen Sündenbock zu haben. Aber ob Sündenbock oder nicht: Pflicht der Gewerkschaften ist es, ihren Mitgliedern bei dem im Flusse befindlichen Preiserhöhungswelle den Reallohn zu sichern! Davon dürfen sie nicht absteigen, und wenn noch vielmehr von Verhinderung einer ungünstigen Preisgestaltung geredet wird.

Gautag des Gaus VII München.

Im idyllisch gelegenen Kaufbeuren fand am Samstag, den 11. und Sonntag, den 12. Juli der Gautag des Gaus VII statt. Abwesend waren neben dem Gauvorstand Kollege Dürr, der Kollege Leinen vom Verbandsvorstand und 15 Delegierte von vier Mitgliedschaften.

Zur Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Bericht des Gauvorstandes und der Zahlstellen.
2. Tarif- und Lohnfragen. Referent: Kollege Dürr.
3. Verbandstag und Anträge. Referent: Kollege Leinen.
4. Technische Fragen. Referent: Kollege Roth.
5. Verschiedenes.

Kollege Dürr eröffnet abends 7 Uhr den Gautag mit einer kurzen Begrüßung der Delegierten, insbesondere des Kollegen Leinen vom Verbandsvorstand.

Als Bureau fungieren der Kollege Dürr als 1. Vorsitzender, Kollege Spornraß als 2. Vorsitzender und als Schriftführer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Kollege Sommer im Namen der Zahlstelle Kaufbeuren die Erschienenen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Delegierten neben der zu leistenden ersten Arbeit, während der zwei Tage recht wohl in den Mauern Kaufbeurens fühlen mögen.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung berichtet Kollege Dürr über das Zusammenarbeiten des Gaus mit den einzelnen Filialen und Zahlstellen, das ein überaus gutes war. Er streift die lohnlichen Verhältnisse und vergleicht dieselben mit denen anderer Städte auf Grund der Statistik vom 2. Mai 1925, wobei festgestellt werden kann, daß der Gau München nur von zwei Gauen überholet ist. Desgleichen zieht Kollege Dürr auch eine Parallele mit den Löhnen in anderen Gewerben und es kann auch hier festgestellt werden, daß wir mit unseren Löhnen gut vorwärts gekommen sind.

Nachdem Kollege Dürr noch kurz auf das letzte Abkommen in München eingeht, gibt er zugleich die Versicherung alles daran zu setzen, dasselbe zu einem Kreisabschluß zu machen.

Mit einem Dank der Gauleitung an die Funktionäre und Kollegen und mit dem Wunsche, daß die anwesenden Delegierten in der nun beginnenden Aussprache ihre Wünsche darlegen wollen, schließt Kollege Dürr seinen Bericht.

In der nun folgenden Aussprache der einzelnen Zahlstellen, an der sich die Kollegen Wiedemann und Adlerstein (München), Sauter (Augsburg), Bergstraßer (Kempten) und Sommer (Kaufbeuren) beteiligten, konnte erfreu-

licherweise festgestellt werden, daß es überall vorwärts geht und der Bann, der auf Grund der wirtschaftlichen und auch politischen Depression der vergangenen Jahre auf den Gemütern unserer Kollegen lastete, gebrochen ist.

Die wichtigsten Fragen, die in der ganzen Aussprache sich wie ein roter Faden hindurchzogen, waren das Lohnproblem, Lehrlingsfrage, Technik; daneben spielten auch das Auskunfts-wesen und die Bedienung der Offsetmaschine eine große Rolle.

Einmütig wurde von allen Kollegen betont, daß sie zur Spruchpraxis des Tarifamtes kein Vertrauen mehr haben.

Kollege Dürr geht auf die gemachten Anregungen und Wünsche des näheren ein und glaubt, daß es auch in Zukunft möglich sein wird, in gleicher kollegialer Weise zusammenzuarbeiten wie bisher.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung nimmt Kollege Dürr das Wort, um in eingehender Weise den Kollegen ein Bild zu geben von der großen Bedeutung des Tarifvertrages, den er als ein Stück Demokratie bezeichnete; nur sei es unbedingt notwendig, daß sich die Kollegen mehr in den Tarifgedanken vertiefen möchten als es bisher geschehen ist.

Zur Lohnfrage verweist Kollege Dürr auf die Bedeutung der Festlegung des Mindestlohnes im Tarif sowie der Entschädigungssätze für Lehrlinge.

Mit der Lohnpolitik des Verbandsvorstandes können wir einverstanden sein, war es doch möglich, mit dem vom Verbandsvorstand vertretenen System des Leistungslohnes, trotz der gerade nicht rosigen wirtschaftlichen Gesamtverhältnisse, um ein Stück vorwärts zu kommen.

In einer sehr regen Aussprache wurde der Tarifgedanke sowie die Lohnpolitik des Verbandsvorstandes gutgeheißen, nur wünscht Kollege Wiedemann, daß es auch im Rahmen des Tarifes möglich sein muß, berechtigte Forderungen zu stellen und durchzusetzen, ohne dabei immer des Tarifbruches bezichtigt zu werden.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung nimmt Kollege Leinen das Wort um nach einer kurzen Reminiszenz der zurückgelegten Vorgänge die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und seine Stellungnahme zum Verbandstag den anwesenden Delegierten vor Augen zu führen.

Ausgehend von den gemeinsamen Zielen und der gemeinsamen Taktik der Gewerkschaften vor dem Kriege, ging Kollege Leinen auf den politischen Niederbruch nach dem Kriege ein, der zwar den Gewerkschaften einen großen Zuström bisher vollständig indifferenter Massen brachte, der aber die schon bestehende Geistesverwirrung noch vergrößerte. Die Durchbildung dieser zu wirklich realdenkenden Gewerkschaften ist eine der vornehmsten und wichtigsten Aufgaben der einzelnen Verbände, wie überhaupt die Bildungsfrage im allgemeinen in den Vordergrund zu treten hat.

Im Tarifvertragswesen seien ohne weiteres große Fortschritte gemacht worden, doch ist es unbedingt notwendig, daß sich die Kollegen mehr in das ganze Arbeitsrechtsproblem vertiefen.

Auf dem Verbandstage in Köln muß sachliche, praktische Arbeit geleistet werden.

Ein Klarsehen in wirtschaftlichen Dingen wird immer schwieriger und fordert von uns mehr und mehr gedankliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Ein sehr wunder Punkt seien die Statistiken. Zum Industrieverband glaubt Kollege Leinen, daß wir alles getan haben, und keine Veranlassung haben, diesbezüglich nochmals mit in Frage kommenden Organisationen zu verhandeln.

Der Offsetfrage sei nach wie vor unser größtes Augenmerk zu schenken. Kollege Leinen kam dann auf die im kommenden Verbandstage zu erledigenden Arbeiten interner Natur zu sprechen, wie Schaffung eines den Verhältnissen entsprechenden Statuts, der Dreiteilung der Beiträge laut Vorlage des Verbandsvorstandes.

Zum Problem der Unterstützungsfrage sei nur zu sagen, daß an einen Abbau nicht zu denken ist, eher ein Aufbau vorgenommen werden muß.

An der nun einsetzenden Diskussion beteiligten sich ausnahmslos alle anwesenden Delegierten und wurde insbesondere Stellung genommen zur Unterstützungsfrage, Beitragserhöhung sowie der obligatorischen Einführung der „Graphischen Presse“.

Hierauf wurde der Gautag auf Sonntag vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Tagung stellt Kollege Roth den Antrag, den 4. Punkt der Tagesordnung abzusetzen.

Dem wird entsprochen mit dem Wunsche, daß der organisatorische Teil dieses Referats im Punkt 5 mit erledigt wird.

Zu Punkt 5 berichtet dann Kollege Roth kurz über die Gründung der technischen Vereinigung in der Form, wie sie vom Verbandsvorstand propagiert wurde. In München ließen sich in der Gründungsversammlung, die mit einer Drucksachen-Ausstellung verbunden war, 100 Kollegen aufnehmen. Die Unternehmer zeigten im großen ganzen wenig Entgegenkommen. Die

Leitung liege ausschließlich in Händen der Lithographen und Steindruckers.

Die bisher veranstalteten Vorträge waren gut besucht. Ein besonderes Augenmerk richtete die technische Vereinigung auf Schaffung einer guten Fachbibliothek, doch ist die Benutzung leider eine sehr geringe.

Sauler (Augsburg) teilt mit, daß auch in Augsburg eine technische Vereinigung seit Oktober 1924 besteht, die sich eines großen Interesses der dortigen Kollegen erfreut. Vor allem wünscht er, daß auch in dieser Sache mehr vom Gau aus gemacht wird. Dieser Anregung schließen sich insbesondere alle Delegierten aus der Provinz an.

Adlerstein (München) war der Meinung, daß die technische Vereinigung nur für die Drucker gedacht sei, glaubt aber, daß auch die Chemigraphen dafür zu haben sein werden.

Folgender Antrag wird einstimmig angenommen und dem Gau zur Würdigung überreicht.

„Der Gau wird beauftragt, im Einvernehmen mit der technischen Vereinigung Mittel und Wege zu finden, um auch die Gauorte mit Referenten zu beschicken.“

Bei der Lehrlingsfrage weist Kollege Dürr auf die großen Schwierigkeiten hin, die in der Zusammenfassung der Lehrlinge in den großen Städten bestehen. Notwendig sei, daß dieselben in den Betrieben auch als solche behandelt werden.

Kollege Buchner (München) wünscht, daß bei der Erziehung der Lehrlinge das Materielle mehr in den Hintergrund und dafür viel mehr die ideelle Seite in den Vordergrund zu treten hat. Die Kollegen Fischer und Wiedemann machen noch auf die tariflichen Bestimmungen aufmerksam, die ohne weiteres eine Handhabe bieten in punkto Lehrlingsausbildung. Kollege Dürr gibt noch bekannt, daß die Kollegen Adlerstein, Wiedemann und Roth als Delegierte zum Verbandstag gewählt sind. Mit dem Appell, sich auch in Zukunft restlos und freudig der gewerkschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, schließt Kollege Dürr den Gautag.

Eine wichtige Waffe — die Auskunfft!

Wer hat als Auskunftserteiler nicht schon des öfteren geflucht über die Entzifferung unleserlicher Adressen? Die Frau, die Kinder, soweit sie dazu fähig waren, sind herangezogen worden, um das Geschreibsel Buchstabe um Buchstabe zu entziffern, und doch ist nicht das Richtige dabei herausgekommen. Kollegen, bedenkt doch: Der Auskunftserteiler kann nur schnell und gewissenhaft seine Pflicht erfüllen, wenn ihr bei Anfragen in gut leserlicher Schrift, vor allem eure Adresse, niederlegt. Denn nur dann könnt ihr auf eine korrekte und schnelle Antwort rechnen. Bedenkt weiter, daß die Auskunftserteiler keine Beamten, sondern Arbeiter sind, die neben ihrem Beruf für die Interessen der Kollegen arbeiten. Deshalb Kollegen, beachtet mehr wie bisher: Nur wenn der Anfragepflicht richtig nachgekommen wird, ist sie eine unserer besten Waffen in unserem Organisationsleben! Des weiteren noch ein Wort zum Engagement. Es kommt vor, daß sich Kollegen per Telegramm engagieren lassen, ohne die notwendige Auskunfft einzuholen oder abzuwarten. Die Kollegen schädigen dadurch sich und den Verband, und bei ihrem Eintreffen an Ort und Stelle gibt es dann Reibereien. Ein friedliches Nebeneinanderarbeiten ist dann so gut wie ausgeschlossen. Da wir noch alle Ursache haben, den Kollegen erneut mitzuteilen, daß Solingen ein teures Pflaster ist, sei nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Kollege bei Stellenwechsel, im Interesse seiner selbst und der gesamten Kollegenschaft, Auskunfft einzuholen hat.

Kalker (Solingen).

Eldorado Mühlhausen (Thür.)

Nicht nur in der Kollegenschaft und besonders bei den Formstechern, sondern darüber hinaus im ganzen Formstechergewerbe ist es begrüßt worden, daß der Verbandsvorstand einmal untersucht ließ, welche Gründe vorliegen, daß in Mühlhausen Zustände einreißten konnten, die im Fortlauf der Dinge nicht nur die wirtschaftliche Lage der Formstecherhilfen, sondern die Existenz des ganzen Formstechergewerbes überhaupt beeinträchtigen müssen. Kollege Liegener hat über das Ergebnis der Untersuchung in Nr. 31 der „Graphischen Presse“ vom 31. Juli d. J. berichtet und auch einige Vorgehens in der Firma Mehler (nicht Wohler, wie üblich zu lesen steht), die eine Stecherei in Mühlhausen und eine in Heyerode besitzt, kritisch beleuchtet. Wenn Kollege Liegener in diesem Bericht schrieb, daß die Firma Mehler ihren Formstechern zugemutet hat, zu einem um 25 Pf. niedrigeren Stundenlohn zu arbeiten, so konnte sich das nur auf den Heyeroder Betrieb beziehen, denn die anderen Kollegen machen

durch ihre Zugehörigkeit zu unserm Verbandsanspruch darauf, als tariftreue Gehilfen zu gelten.

Gegen die Richtigkeit dieses Teiles des Berichtes hat nun die Firma Mehler Einspruch erhoben und um Veröffentlichung einer Erklärung ersucht. Da die Erklärung vom 6. August datiert ist, die Schriftleitung aber wegen Abhaltung unseres Verbandstages zu dieser Zeit nicht mehr in Berlin sein konnte, mußte die Veröffentlichung der Erklärung notwendigerweise bis zur Rückkehr zurückbleiben. Das zu wissen, konnte man schlechterdings auch von der Firma Mehler verlangen, wenn sie Anspruch darauf erhebt, einigermaßen im Gewerbe Bescheid zu wissen. Ihre am 16. August ausgesprochene Drohung, gerichtlich gegen uns vorzugehen, wenn wir ihr nicht Gerechtigkeit widerfahren ließen, war deshalb ganz deplaziert und zeigt nur, daß die Firma Mehler klüger handeln würde, wenn auch sie sich in den Rahmen des bis jetzt Gewerbeüblichen einfügen würde. Die Firma Mehler erklärt nämlich:

1. Es ist falsch, daß von meinem Personal nur einer den Tariflohn erhält. Wahr ist, daß zwei Drittel meiner Gehilfen und Hilfsarbeiter tarifmäßig, ja zum Teil über Tarif gelöhnt werden. Nur ein Drittel meines Personals, ausschließlich junge, noch sehr entwicklungsbedürftige Leute erhalten 2 bis 9 Pf. unter Tariflohn.

2. Es ist falsch, daß ich die Absicht hätte, sämtliche Löhne um 25 Pf. die Stunde herabzusetzen. Ich habe meinem Personal lediglich die Frage vorgelegt, ob es bereit sei, billiger zu arbeiten, indessen nur vorübergehend, so lange die flauere Zeit anhält. Diese Frage galt dem Besten meines Personals und geschah lediglich zu dem Zwecke, sie vor Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Obwohl diese Erklärung in keiner Beziehung den pregesetzlichen Vorschriften entspricht, haben wir sie gebracht, um der gewerblichen Gesundung zu dienen. In Heyerode erhielten zur fraglichen Zeit die Kollegen folgende Löhne:

1 Kollege erhielt 2 Pf. über den tariflichen Mindeststundenlohn.

3 Kollegen den tariflichen Mindeststundenlohn.

3 Kollegen 1 Pf. unter dem tariflichen Mindeststundenlohn.

1 Kollege 3 Pf. unter dem tariflichen Mindeststundenlohn.

2 Kollegen 10 Pf. unter dem tariflichen Mindeststundenlohn.

Daß ein Lohnabbau vorgenommen worden ist, wagt auch die Firma Mehler nicht zu bestreiten, nur beträgt der als niedrigst angegebene Lohn nicht 36, sondern 49 Pf. die Stunde. Der Abzug beträgt aber in der Spitze 25 Pf. und bei einem Formstecher im ersten Gehilfenjahr stehend 17 Pf. Zur Steuer der Wahrheit sei dies, wie die gezahlten Lohnsätze, richtig gestellt.

Aber auch diese Berichtigung der kleinen Irrtümer, die bei der eigenartigen Behandlung des Gehilfenvertreters durch die Mühlhäuser Firmen nur ihnen zur Last fallen, kommt es ja gar nicht an, obwohl die Firma Mehler ein persönliches Interesse daran haben mag. Was für das Gewerbe wichtig ist, ist die Tatsache, daß sich Mühlhausen zu einer gewerblichen Schmutzkonzurrenz entwickelt hat, die das Gewerbe zum Ruin führen muß. Nicht genug damit, daß auch die Firma Mehler einen Teil der bei ihr beschäftigten Formstecher unter dem wirklich erheblich verbesserungsbedürftigen tariflichen Mindeststundenlohn beschäftigte, gab sie dem weiteren Eindringen einer unbilligen Konkurrenz auch noch dadurch Raum, daß sie unter dem Scheine der Arbeiterfreundlichkeit Arbeit in ihren Betrieb zu einem Preise nahm, die die Preise für Formenstiche auf die Dauer unter die Existenzmöglichkeit drücken muß. Das ergibt sich als selbstverständlich aus der Struktur des Gewerbes, auf die wir noch einmal eingehender zu sprechen kommen werden. Hinzu kommt noch, daß auch diese Maßnahme der Firma nicht verhindern wird, daß die Kollegen die Last der Arbeitslosigkeit zu tragen haben werden. Der Erfolg dieser Maßnahme ist dann ausschließlich eine Senkung der Preise für Stiche, deren Folgen man auf die Hilfenschaft abzuwälzen suchen wird. Da Mühlhausen in der Senkung der Preise für Stiche schon erkleckliches geleistet hat, die Formstecherhilfen aber auf Grund ihrer Arbeitsleistungen ein Anrecht darauf haben, als qualifizierte Arbeiter behandelt und entlohnt zu werden, ist es ihre Pflicht, gewerbeschädigende Verhältnisse mit allen Mitteln zu bekämpfen. Da es den Anschein hat, daß die Mühlhäuser Formstechereibesitzer nicht genügend Achtung vor ihren eigenen Beruf haben und ihn nicht aus eigener Überzeugung entsprechend zu schützen wissen, obliegt es der Hilfenschaft, durch festen Zusammenschluß im Verbands Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Betrieben durchzusetzen, den Mühlhäuser Arbeitsverhältnissen zugunsten des ganzen Gewerbes ein schnelles Ende bereiten. Herrn Mehler aber, der sich mit solchem Nachdruck für eine gerechte Beurteilung seiner Betriebe eingesetzt

hat, empfehlen wir, ein gleiches für das gesamte Gewerbe zu tun, was seinen sichtbaren Ausdruck in der Anerkennung und Durchführung des Tarifvertrages für das deutsche Formstechergewerbe finden müßte. Erst dann kann Herr Mehler darauf rechnen von uns als berechtigtes Glied der Gewerkekette betrachtet zu werden.

Die Preisdiktatur der Kartelle.

Wie durch die Verbände der Produzenten und der Händler heute Preise gemacht werden, darüber veröffentlicht die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, Nr. 34, vom 22. August einen neuen sehr bezeichnenden Fall, der diesmal den größten Konsumverein Schleswig-Holsteins betrifft, der sich gegen die Bestimmung eines Kohlendioxidstatuts und gegen das diktatorische Vorgehen des dortigen Verbandes der Kohlenhändler wehrt.

Der in Frage kommende Konsumverein hat bis Juni 1925 für Braunkohlenbrikette 1,35 Mk. je Zentner ab Platz genommen. Da die Löhne inzwischen ganz wesentlich gestiegen sind mußte der Preis ab Anfang Juli auf 1,45 Mk. je Zentner ab Platz festgelegt werden. Der Landesverband der Kohlenhändler verlangt jetzt aber, daß für Braunkohlenbrikette 1,70 Mk. je Zentner ab Platz genommen wird. Der Konsumverein weigert sich natürlich, diese Preise zu nehmen, muß aber gewärtig sein, daß über ihn die Sperre verhängt wird. Der Konsumverein schreibt, daß der Preis von 1,70 Mk. für den Zentner Braunkohlenbrikette so hoch sei, daß heute englische Kohle am Platze unter diesem Preis verkauft werde. Dabei muß beachtet werden, daß Braunkohlenbrikette nur einen Heizwert von 4000 Kalorien aufweisen, während die englischen Kohlen einen Durchschnittsheizwert von 6500 Kalorien haben. Die Interessen des deutschen Volkes werden durch diese Syndikate mit ihren Händlerinteressen einfach mit Füßen getreten. Wir brauchen notwendig Arbeit für deutsche Arbeiter und haben es wirklich nicht nötig, daß unsere Handelsbilanz noch verschlechtert wird dadurch, daß englische Kohlen in großem Maß eingeführt werden. Wenn aber das Syndikat in seinem Bestreben fortfährt, dann wird natürlich der Verbrauch von Briketten an den Küstenplätzen zurückgehen, besonders dann, wenn die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß sie einen viel zu hohen Preis für Brikette zahlt.

Der in Frage kommende Konsumverein hat vor kurzem eine Sitzung mit dem Vorstand des Landesverbandes der Kohlenhändler, in der die ganzen Maßnahmen in erster Linie dem Syndikat gegenüber, gegründet wurden, daß es Aufgabe Deutschlands sei, den Mittelstand zu erhalten. Nach der Beobachtung des Konsumvereins muß der Umsatz der einzelnen Kohlenhändler ein sehr geringer sein, was seinen Grund jedenfalls darin hat, daß im verflochtenen Winter infolge der warmen Witterung noch große Bestände bei den Konsumenten vorhanden sind. Dieser geringe Umsatz soll nun dadurch zum Ausgleich gebracht werden, daß die Preise entsprechend höher und der Handel eine ganz enorme Verdienstspanne hat. Der Konsumverein erklärt, daß er sich auf keinen Fall der Preisdiktatur fügen wird, und falls das Syndikat die Sperre verfügt, würde er dafür Sorge tragen, daß seine Mitglieder an Stelle der deutschen Brikette englische Kohle verwenden, denn es bestehe für ihn gar keine Veranlassung, seinen Mitgliedern so hohe Preise abzunehmen. Die genannten Bestimmungen sollen in Schleswig-Holstein dazu führen, daß den Händlern ein Gewinn gegeben wird, der weit über das erforderliche Maß hinausgeht.

Auch von dieser Mitteilung ist dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichswirtschaftsminister Kenntnis gegeben und beantragt worden, für sofortige Aufhebung der verheerenden Bestimmungen des Syndikatsvertrags Sorge zu tragen.

Ortsbericht.

Berlin (Formstecher). Am 22. August tagte eine Versammlung der Formstecherkollegen Groß-Berlins, in welcher die zur Zeit wichtigsten Verbandsangelegenheiten, soweit sie das Formstechergewerbe betreffen, zur Verhandlung kamen.

Einleitend ermahnte der Gruppenleiter die Kollegen, in Fragen des Arbeitsnachweises sich stets an den von der Organisation gewiesenen und einzig gangbaren Weg zu halten, womit sie sich selbst am meisten nützen.

Als ein dunkles Kapitel in unserem Fach wurden die traurigen Organisationsverhältnisse in Mühlhausen (Thüringen) erörtert, und darauf hingewiesen, daß immer dort, wo die schlechtesten Löhne gezahlt werden, es auch mit der Organisation im argen liegt und infolgedessen auch unser größtes Übel, die Feierabendarbeit, am meisten grassiert.

Es wird die Aufgabe sämtlicher Kollegen Deutschlands sein, auf irgend eine Art zur Beseitigung solcher unseres Berufes unwürdigen Zustände ihr Bestes beizutragen.

Zur Lohnfrage sind die Kollegen der Meinung, daß man schnellstens zu einer neuen Lohnverhandlung kommen müsse, da sich die Folgen der sich ständig steigenden Teuerung derartig katastrophal für den Haushalt gestalten, daß man unmöglich bis zur Tarifierneuerung warten kann.

Es wird die Ansicht vertreten, daß man sich — nach der gegenwärtigen Einstellung der ganzen organisierten Unternehmerschaft Deutschlands — damit abfinden muß, daß ein nennenswerter Lohnzuschlag, welcher der eingetretenen Teuerung nur einigermaßen entsprechen würde, freiwillig nicht zu bekommen sein wird. Es wird deshalb einen Kampf kosten. Wir sehen diesen Kampf sicher nicht herbei, aber wir sind auf ihn vorbereitet und sehen ihm zuversichtlich entgegen. Wir wünschen nur, daß so wie wir, auch sämtliche Kollegen im Reiche denken, fühlen und wenn es darauf ankommt, auch handeln.

Die Firma Carl Ebner, Druckerei, Stuttgart, Christophstraße 7 berichtet uns, daß sie Mitglied des Verbandes Deutscher Lichtdruckereibesitzer ist. Die erfolgte Sperre in Nr. 28 der „Graphischen Presse“ vom 10. Juli 1925 wird hiermit aufgehoben.

Der Vorstandsvorsitzende.

Vom Büchertisch.

An der Wende des Zeitalters. Von Dr. V. Engelhardt. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61. Preis kart. 1,60 Mk., geb. 2,50 Mk.

Der Verfasser, dem wir, neben einer Reihe von kulturphilosophischen Büchern, vor allem vielgelesene Schriften über die Probleme der Jugendbewegung verdanken, spricht in diesem, den Jungsozialisten gewidmeten Werk in tiefstehender Weise über die gesamte Lage unserer heutigen Kultur und über die aus solcher Lage erwachsenden Aufgaben. Eine genaue und lehrreiche geschichtliche Betrachtung offeriert den „Individualismus“ als Sinn der versinkenden Epoche, die „Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft“ als den Sinn der Gegenwart. Noch haben wir keine Gemeinschaft im kulturellen Sinne, noch herrscht der Individualismus. Aber wir stehen am Anfang eines neuen Weges. Der Anfang fordert die pädagogische Tat — die Umgestaltung unseres Bildungszweckes. Mit solcher Forderung mündet die allgemeine Betrachtung in die praktische Arbeit. Es wird gezeigt, wo die Einzelaufgaben liegen und in welchem Geist sie zu lösen sind. Erkenntnis des Seienden ist die erste Pflicht, feudiger Wille der das Ganze der Kultur erstrebt, die zweite und nicht verzagende Arbeit die letzte. In dieser Dreieit müssen sich alle finden, die an die Zukunft des Volkes und der Menschheit glauben. — Keiner darf an dem Buch vorübergehen, dem es ernst ist um Kulturarbeit im sozialistischen Sinne. — Erst nach der Lektüre dieses Buches wird es ihm gelingen, seine Einzelarbeit in den größten Rahmen einzuordnen, dem es gibt, — in die Arbeit am Ganzen unserer Kultur; — und erst durch diese Einordnung wird seine Arbeit die rechte Weihe erhalten. Reiche Literaturangaben erleichtern ihm den weiten selbständig zu gehenden Weg.

Lassalles Weg zum Sozialismus. Von Gustav Mayer. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68.

Unter diesem Titel ist die Festrede im Druck erschienen: Prof. Gustav Mayer zum 100. Geburtstag. Lassalles in der Geburtsstadt des großen Volkstribunen gehalten hat. In knappen Zügen und schöngeformter Sprache entwirft der verdienstvolle Herausgeber von Lassalles nachgelassenen Briefen und Schriften ein anschauliches, klargewoltes Bild von dem Weg, der den jungen Hans Lassalle, nengeboren aus dem Geiste Hegelscher Philosophie zum Sozialismus führte. Wir möchten diese Schrift besonders empfohlen und nachdrücklich auf die Stellen verweisen, an denen von Lassalle gesagt wird, er habe immer wiederholt, daß Befreiung und Aufstieg nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne, daß aber für dieses hohe Ziel zu wirken, nur fähig und würdig sei, wer an sich selbst die höchsten Anforderungen stelle. Und würdig schließlich der Verfasser, wenn er sagt, wir können Lassalle nicht besser ehren, als indem wir uns geben, im Geiste seines hohen Idealismus, jeder an seiner Stelle dafür zu arbeiten, daß die deutsche Arbeiterklasse streng und anspruchsvoll über die Reinheit ihrer Gesinnung und die Tadellosigkeit ihrer Handlungen wacht.

Der kleine Brockhaus. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, Querstraße. Erscheint in z. h. n. Lieferungen zu je 1,90 Mk.

Die erschienene vierte Lieferung, die mit „Gelenkrehmatismus“ beginnt und mit „Amphibien“ endet, bringt viel interessantes und Wissenswertes. So lernen wir das Horoskop Wallensteins kennen, erfahren, daß ein Grönlandwal bis zu 30000 Kilo Speck zu liefern vermag, daß in Transvaal mehr Gold gefunden wird, als in den ganzen übrigen Welt, daß die Gitarre zuerst durch die Morzen nach Spanien gebracht wurde usw. Die ganze Weltgeschichte von den frühesten Zeiten bis zur unmittelbaren Gegenwart, vom Ägypterkönig Menes bis zum Reichspräsidenten Hindenburg wird uns auf drei Seiten komprimiert vorgeführt. Besonders Interessantes dürften ferner zwei „Übersichten „Genossenschaften“ und „Gewerkschaften“ erwecken, die beide ein klares Bild von Entwicklung und Aufbau dieser wichtigen Faktoren in unserm sozialen Leben vermitteln. Die Tabellen „Himmelskunde“ und „Heimstätten“ von den wertvollsten Werk viele neue Freunde werben; die 34 fein ausgeführten Abbildungen der Tafeln „Kunsthandwerk“, ein farbiges Beispiel für „Glasmalerei“ sowie zahlreiche gute Wiederabdrücke bekannter Gebäude lassen das Herz jedes Kunstkenners über schlagen. Durch geschickte Schriftanordnung konnte auf engem Raum eine gewaltige Menge Wissen vereinigt werden.

Bekanntmachungen.

Zu Ostern haben die Eilenburger Formstechereibesitzer dadurch Tarifbruch begangen, daß sie mehr Lehrlinge einstellten, als tariflich zulässig war. Die Formstechergehilfen traten daraufhin in den Streik. Die Firma Gebroder Meinicke & Biethan traf mit dem Gehilfenverband eine Vereinbarung. In der Firma Josef Bulir in Eilenburg streiken die Kollegen seit Mitte Mai. Da es auch dem Unternehmerverband nicht gelungen ist, die Firma zur Einhaltung des Tarifes zu veranlassen, wird die Firma Bulir für alle organisierten Gehilfen gesperrt.

Den Toten zum Gedächtnis!

1925.

† Am 2. April in Berlin Rudolf Müller, Chemigr. aus Berlin, 57 J. alt, an Herzleiden, krank 14 W. u. 4 T. — Eingetr. in Berlin am 31. Dezember 1922.

† Am 2. Juni in Coswig i. Sa. Hermann Schneider, Formstecher aus Wien, 49 J. alt, an Arterienverkalkung und Gehirnschlag, krank 4 W. — Eingetr. in Coswig i. Sa. am 26. Januar 1919.

† Am 4. Juni in Cassel Carl Stolzenbach, Steindr. aus Cassel, 28 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Cassel am 26. Oktober 1919.

† Am 9. Juni in Glogau Wilhelm Marschner, Steindr. aus Bullendorf Kreis Freistadt, 78 J. alt, an Arterienverkalkung und Magenkrebs, Invalide seit 20. Juni 1922. — Eingetr. in Glogau am 17. Januar 1893.

† Am 9. Juni in Kempen (Rhld.) Peter Jansen, Steindr. aus M.-Gladbach, 48 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 63 W. — Eingetr. in Kempen (Rhld.) am 14. Juli 1912.

† Am 10. Juni in Berlin Paul Cichocki, Chemigr. aus Berlin, 36 J. alt, an Herzschwäche, krank 22 W. — Eingetr. in Berlin am 6. Februar 1910.

† Am 20. Juni in Berlin Paul Neubert, Lichtdr. aus Dresden, 54 J. alt, an Herzschwäche, krank 24 W. — Eingetr. in Berlin am 20. August 1891.

† Am 23. Juni in Leipzig Karl Mierisch, Steindr. aus Döllitz, 70 J. alt, an Zuckerharnruhr, krank 57 W. — Eingetr. in Leipzig am 6. Juli 1919.

† Am 25. Juni in München Christoph Grünzweig, Steindr. aus Landshut, 59 J. alt, an Nierenleiden, krank 41 W. — Eingetr. in München am 28. August 1897.

† Am 26. Juni in Nürnberg Fritz Baumann, Steindr. aus Fürth i. Bay., 70 J. alt, an Herzschlag, krank 7 W. — Eingetr. in Fürth i. Bay. am 5. Januar 1903.

† Am 27. Juni in Nürnberg Hans Bamberger, Lithogr. aus Nürnberg, 52 J. alt, an Magen- und Darmleiden, krank 25 W. — Eingetr. in Nürnberg am 15. Juni 1919.

† Am 29. Juni in Leipzig Hermann Bräuer, Chemigr. aus Plagwitz-Leipzig, 60 J. alt, frei. aus dem Leben gesch. durch Erhängen. — Eingetr. in Leipzig am 1. August 1903.

† Am 3. Juli in Stuttgart Karl Belstner, Chemigr. aus Stuttgart, 55 J. alt, an Lungenentzündung, krank 2 W. u. 2 T. — Eingetr. in Dresden am 8. Juni 1919 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 25. August 1918).

† Am 12. Juli in Dresden Gustav Schubert, Lichtdr. aus Zaukerode b. Dresden, 72 J. alt, an Herzschlag, Invalide seit 15. Juli 1923. — Eingetr. in Dresden am 1. Januar 1893.

† Am 13. Juli in Breslau Erich Wodzicka, Lithogr. aus Breslau, 22 J. alt, an Lungenleiden, krank 14 W. — Eingetr. in Breslau am 4. September 1921 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 1. September 1918).

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsitzende.

Wir suchen für mögl. sofort einen tüchtigen unverheirateten
FORMSTECHE
Angebote und Gehaltsansprüche sind zu senden an
Heinrich Habig A.-G., Blandruckerei, Herdecke-Ruhr.

Reproduktions-Photograph
für Auto und Farben, sowie
Ia Farbätzer
bei hohem Lohn gesucht. Conrad Schönhals, Breslau.

Offset-Maschinenmeister
selbständig und guter Maschinenkennner, in dauernde und angenehme Stellung sofort gesucht
Wezel & Naumann G. m. b. H., Mülfort b. Rheydt.

Zinkdruckplatten
Offsetplatten Zinkätzplatten
für Auto und Strich, prima Qualität
Karl Moss G. m. b. H., Berlin SO 35, Fernspr. Mor. 12289.

Sofort gesucht
Farb- und Schwarzätzer Strichätzer sowie Chromolithograph.
für Offset. In Kräfte wollen Angebote einreichen an Ewald Steinmetz & Co., Hannover.

Tüchtigen Positivretuscheur
in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an
M. Ruoff, Graphische Kunstanstalt, Pforzheim.

Graphische Fachklassen
Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photomechanische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch die Direktion der Kunst-Gewerbeschule in **Barmen**

Maschinen-Retuscheure
in dauernde Stellung gesucht.
Kunstanstalt Staudinger, Göppingen.

Brauchen Sie
Anregungen zur Anfertigung von Plakaten werden in erstklassiger, künstlerischer Aufmachung.
Kaufen sie sich die Mappe

Plakate
Original-Entwürfe aus dem Atelier von Hans Neumann. Sie sind dann für alle Fülle gewagt und preis inkl. Nachnahme 10,50 R.-M. Zu beziehen durch
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.